JUN 1 1 1936

Abend-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Mittwoch, 6. Mai	Nr. 586

Abschiedsessen für den bulgarischen Gesandten.

Berlin, 6. Mai. Zu Ehren des scheidenden bulgarischen Gesandten Christoff, der als Vertreter seines Landes nach Ankara geht, veranstalteten am Dienstag der bulgarische Generalkonsul Freiherr von Brandenstein und der Präsident der Deutsch-Bulgarischen Handelskammer und Präsident der Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft, General a. D. von Massow, in den Räumen des Deutschen Auslands-Clubs einen Abschiedsabend.

Freiherr von Brandenstein entbot dem scheidenden Gesandten ein herzliches Lebewohl. Gesandter Christoff dankte mit bewegten Worten für die Beweise der Sympathie, für das Entgegenkommen und die Unterstützung, die er in Deutschland stets gefunden habe. Die deutsch-bulgarische Freundschaft sei keine Phrase, sie sei weder geschriebenes Gesetz noch vertraglich besiegelt. Sie sei eine Herzenssache.

Unter den Gästen sah man u. a. Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg, Präsident Reichard, Staatsrat Dr. v. Stauß, Direktor Kessler, Ministerialdirektor Sarnow, Oberst Thomas vom Reichskriegsministerium, Oberst Hederich, Freiherrn von Wilmowsky, Gesandtschaftsrat von Knobe, Regierungsrat Wagner, Vertreter der Partei, zahlreiche Gäste von bulgarischer Seite die Herren der Gesandtschaft, den bulgarischen Militärattaché, Professor Michailow und viele Mitglieder der Deutsch-Bulgarischen Handelskammer.

Reichstagung der Sozialarbeiterinnen in Betrieben.

Berlin, 6. Mai. Im Haus der Deutschen Arbeit wurde am Mittwoch die erste Reichstagung der Sozialarbeiterinnen in Betrieben eröffnet. In der Werkfrage, Fabrikfürsorge und auf ähnlichen Gebieten tätige Frauen aus dem ganzen Reich haben sich zu dieser Tagung in Berlin eingefunden, um hier die Richtlinien für die zwischen dem Frauenamt der Deutschen Arbeitsfront einerseits und der Reichswirtschaftskammer andererseits bereits getroffene Vereinbarung über die künftige nationalsozialistische Ausrichtung in der Sozialarbeit entgegenzunehmen.

Nach einleitenden Worten der stellvertretenden Frauenamtsleiterin Anna Maria Hanne und des Hauptamtsleiters Selzner von der Deutschen Arbeitsfront ergriff Reichsfrauenführerin Gertrud Scholtz-Klink das Wort und gab einen Ueberblick über die gesamte Frauenarbeit in Deutschland. Die Rednerin führte aus: „Wenn wir heute die beste Frauenorganisation in der ganzen Welt haben, so liegt das daran, daß kein anderes Land über eine so einheitliche Ausrichtung seines ganzen Volkes für seinen Wiederaufbau verfügt. Mit der Errichtung des Frauenamtes wurde die Brücke von Frau zu Frau geschlagen, die Verbindung hergestellt zwischen der Frau, die unter marxistischem Einfluß gestanden hatte, und der anderen, die bereits in einer nationalsozialistischen Gemeinschaft stand, mit dem Ziel, die Menschen zum Nationalsozialismus zu erziehen.

„Da die Erneuerung eines Volkes alle Dinge umfaßt, so galt es vor allem, an die Betreuung der Arbeiterinnen heranzugehen. Dazu bedurften wir vor allen Dingen die Sozialarbeiterinnen in den Betrieben. Ihre Aufgabe besteht darin, die ihnen anvertrauten Menschen auf ihre Volksverpflichtung hin zu erziehen und ihr ganzes Denken auf eine einheitliche nationalsozialistische Linie zu bringen."

Den von lebhaftem Beifall begleiteten Ausführungen der Rednerin folgte eine Aussprache.

Der italienische Landwirtschaftsminister in Dortmund.

Dortmund, 6. Mai. Der italienische Landwirtschaftsminister Rosoni traf am Mittwoch mit seiner Begleitung in Dortmund ein. Zum Empfang hatten sich in Vertretung von Reichsminister der Reichsarbeitsleiter Dr. Hupfauer, Reichsbetriebsgemeinschaftsleiter Bergbau Padberg und Gauwalter Stein auf dem Bahnhof eingefunden. Nach der Begrüßung begab sich der Minister mit seinen Begleitern zunächst zum Eisen- und Stahlwerk Hoesch, wo eine Ehrenformation der SA. Aufstellung genommen hatte. Im Anschluß daran erfolgte ein Besuch bei der Ortsgruppe Ost der Deutschen Arbeitsfront in Dortmund.

In den Nachmittagsstunden wurden eine Besichtigung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeitsphysiologie in Dortmund und eine Fahrt nach dem Erholungsheim der Deutschen Arbeitsfront für Bergleute im Sauerland durchgeführt. Abends nahmen die italienischen Gäste an einem Empfang der Deutschen Arbeitsfront im Parkhotel zu Bochum teil.

Am Donnerstag wird der Minister die Gauwaltung der Deutschen Arbeitsfront in Bochum besuchen, um deren Einrichtungen, die allgemein als vorbildlich bekannt sind, im einzelnen zu studieren.

SS-Gruppenführer von dem Bach-Zelewski in Belgrad.

Belgrad, 6. Mai. Der Führer des SS-Oberabschnitts Südost (Breslau), SS-Gruppenführer von dem Bach-Zelewski, hielt, von Ankara kommend, wo er am Tage der nationalen Arbeit zur reichsdeutschen Kolonie gesprochen hatte, am Dienstagabend vor der hiesigen deutschen Kolonie einen Vortrag über die Organisation und die Aufgaben der SS.

Eden vor dem Unterhaus.

London, 6. Mai. Außenminister Eden erklärte am Mittwoch in einer Rede im Unterhaus, daß England aus der Lehre und den Erfahrungen des italienisch-abessinischen Konfliktes lernen müsse; es sei aber klar, daß der Völkerbund fortbestehen müsse. In der modernen Welt sei der Völkerbund für die Organisierung der internationalen Angelegenheiten unumgänglich notwendig.

Jede Regierung müsse heute Rückschau halten und über ihr künftiges Vorgehen entscheiden. Zur gegebenen Zeit werde die britische Regierung vollkommen bereit sein, ihre Ansichten darzulegen. England beabsichtige, sofort in eine Erwägung der zur Behandlung stehenden Probleme einzutreten,. und zu diesem Zwecke werde sie sich mit den Dominien ins Benehmen setzen. Auf Deutschland übergehend sprach Eden die Hoffnung aus, daß es möglich sein werde, den britischen Fragebogen am Donnerstag in Berlin zu übergeben.

Bezüglich der von England auf der Ratstagung am Montag einzuschlagenden Politik erklärte Eden, er nehme an, daß das Unterhaus mit ihm übereinstimme, wenn er unter den gegenwärtigen Umständen um ein gewisses Maß an Vertrauen für die Vertreter der Regierung bitte. Er halte es nicht für unvernünftig, wenn die Regierung in dieser Angelegenheit um freie Hand ersuche.

Die „Humanite" tadelt Sarraut.

Paris, 6. Mai. Unter der Ueberschrift „Sarraut entschließt sich zu bleiben, um nichts zu tun", äußert die kommunistische Humanité ihre Unzufriedenheit darüber, daß die Regierung keine einschneidenden Maßnahmen vor dem Zusammentritt der Kammer zu ergreifen beabsichtige. Theoretisch, so sagt das Blatt, scheine das Kabinett das Ergebnis der Wahlen zu anerkennen. Das französische Volk verlange, daß man seinen Willen gehorche. Es müßten unverzüglich Maßnahmen getroffen werden. Die Kommunisten seien bereit, diese Maßnahmen mit ihrem Gewicht zu unterstützen.

Die Genfer Außenminister-Besprechungen.

Kopenhagen, 6. Mai. Zu den Besprechungen der „neutralen" Außenminister am Sonnabend in Genf schreibt die dem dänischen Außenministerium nahestehende demokratische **Politiken**, es unterliege natürlich keinem Zweifel, daß die Besprechungen vor der Ratstagung in Kopenhagen abzuhalten. Verschiedene Umstände hätten jedoch bewirkt, daß man sie nach Genf verlegt habe.

Als Hauptgegenstand der Besprechungen bezeichnet das Blatt die Stellungnahme der kleinen Mächte zum Völkerbund. Man werde erwägen, ob es mit einem größeren Risiko verbunden sei, Mitglied des Völkerbundes zu bleiben oder außerhalb des Völkerbundes zu stehen. Sollten die Verhandlungen dazu führen, daß die genannten Staaten sich zum Verbleiben im Völkerbund entschließen, so würde dies zur Folge haben, daß von ihnen alles getan werden würde, um den Völkerbund zu stärken. In diesem Zusammenhange gibt die Zeitung Aeußerungen des dänischen und des norwegischen Außenministers zu den Besprechungen wieder.

Der dänische Außenminister **Dr. Kobt** erklärt, er sehe in den Besprechungen einen weiteren Ausdruck der Zusammenarbeit zwischen den nordischen Ländern in diesen bedeutungsvollen internationalen Fragen. Man werde jedoch keine Beschlüsse irgendwelcher Art fassen können. Vielmehr werde es sich um einen freien Meinungsaustausch unter diesen Mächten handeln. Jedes Land werde auch ferner für seinen Standpunkt verantwortlich sein.

Die konservative **Berlingske Tidende** äußert zu dem Thema der Verhandlungen die Vermutung, daß man die Gelegenheit benutzen werde, sich über die Auffassung in den verschiedenen Ländern zu orientieren. Ferner werde man darüber verhandeln, wie weit beispielsweise eine Reorganisation des Völkerbundes wünschenswert und erforderlich sei.

Der Phönix-Skandal: Verhaftungen in Prag.

Prag, 6. Mai. Nach Mitteilung der Prager Polizei fand im Zusammenhang mit der Untersuchung in der Angelegenheit der Lebensversicherungsgesellschaft Phönix in der Polizeidirektion eine ganze Reihe von Verhören statt. Jose Peronen wurden dem Gericht zur Verfügung gestellt. Ferner wurden nach Wien zuständige Jude Ignatz Kalischer und die ebenfalls nach Wien zuständige Eugenie Schlein.

Die Tagung der Balkan-Entente abgeschlossen.

Belgrad, 6. Mai. Die Tagung der Balkanpaktmächte wurde am Mittwoch abgeschlossen. Die vier Außenminister erschienen vor der im Außenministerium versammelten internationalen Presse, der der türkische Außenminister Rüschtü Aras als diesjähriger Vorsitzender der Balkan-Entente die amtliche Verlautbarung über die Ergebnisse ihrer Beratungen verlas.

In der Verlautbarung heißt es, die vier Außenminister hätten vom 4. bis 6. Mai fünf Sitzungen abgehalten, auf denen sie die auf der Tagesordnung stehenden Fragen in freundschaftlichem Geiste geprüft und Lösungen gefunden hätten, die das nationale Interesse der vier Staaten, das Interesse der Sicherheit auf dem Balkan und die Erhaltung des allgemeinen Friedens erforderlich gemacht hätten. Zwischen den vier Ministern sei in allen Beratungsfragen vollste Einmütigkeit erzielt worden. Griechenland habe zur einmütigen Zufriedenheit der Außenminister seine Stellung gegenüber dem Balkanpakt im Sinne einer Verstärkung der Solidarität unter den Signatarstaaten dargelegt. Da die Politik der Balkan-Entente auf der Unantastbarkeit der jetzigen Grenzen und der Respektierung der Sicherheit beruhe, hätten die vier Außenminister die wirksamsten Mittel zu ihrer Sicherung auf dem Balkan ins Auge gefaßt. Die Minister hätten auch den Standpunkt der Balkan-Entente zu den großen internationalen Tagesfragen festgelegt. Die Balkanpaktmächte würden zuerst in Genf gelegentlich der Herbsttagung des Völkerbundes und etwas später in Athen wieder zusammentreten.

In Konferenzkreisen verlautet über die inhaltlich wenig belagende Verlautbarung hinaus, daß der griechische Ministerpräsident und Außenminister Metaxas den griechischen, Standpunkt durchgesetzt habe, demzufolge der Balkanpakt für seine Partner keine „außerbalkanischen Verpflichtungen" begründe. Dieser Standpunkt sei in einem Protokoll festgelegt.

Riesenfeuer in einer galizischen Stadt.

Warschau, 6. Mai. Das galizische Städtchen Zamosc wurde von einer Brandkatastrophe heimgesucht. Bei starkem Wind gerieten 60 Holzhäuser dreier Straßenzüge in 10 kurzer Zeit in Brand, daß an die Rettung vieler Personen nicht mehr gedacht werden konnte. Es muß damit gerechnet werden, daß viele Kinder und alte Leute unter den Trümmern begraben liegen. Zehn Personen wurden schwer verletzt geborgen. 2000 Menschen sind obdachlos geworden.

König Faruk in Kairo.

Kairo, 6. Mai. König Faruk ist am Mittwoch, von der Bevölkerung jubelnd begrüßt, in der Hauptstadt seines Landes eingetroffen. Als der Sonderzug mit dem König in den Bahnhof von Kairo einlief, dröhnten Salutschüsse der Artillerie. Flieger umkreisten den Bahnhof und begleiteten den König auf seiner Fahrt durch die Straßen, die von unübersehbaren Menschenmassen gesäumt waren.

In unterrichteten Kreisen verlautet, daß mit einer Regentschaft des zum Thronfolger bestimmten Onkels des jungen Königs, des Prinzen Mohammed Ali, gerechnet wird.

Aufstand im Irak.

Bagdad, 6. Mai. Bei Ramhah im Irak brach ein Aufstand aus, zu dessen Niederwerfung Militär eingesetzt wurde. Flugzeuge warfen Bomben auf die Aufständischen ab. Die Eisenbahnverbindung zwischen Bagdad und Basrah wurde durch die Aufständischen unterbrochen.

Freilassung der verhafteten Streikführer in Palästina.

Jerusalem, 6. Mai. Auf Grund der Erklärung des Streikausschusses dem Hohen Kommissar gegenüber, daß er die Mordtaten und Brandstiftungen mißbillige, wurden die verhafteten Streikführer freigelassen.

Der Streikausschuß hat dann den arabischen Delegiertenkongreß aus ganz Palästina zum Donnerstag nach Jerusalem einberufen, um über die durch das Eingreifen des Hohen Kommissars geschaffene neue Lage Beschluß zu fassen.

Großes Reformprogramm der japanischen Regierung.

Tokio, 6. Mai. Ministerpräsident Hirota und die Minister Arita, Terauchi und Baba haben am Mittwoch im Ober- und Unterhaus Erklärungen über ein neues innen- und außenpolitisches Reformprogramm abgegeben.

Hirota betonte unter Hinweis auf die Februarvorgänge, daß das Kabinett fest entschlossen sei, die tief eingewurzelten Schäden unter Voranstellung einer Erneuerung des Staatsgedankens auf der Grundlage des unabänderlichen Gründungsgedankens des Kaisers zu beseitigen. Die Hauptaufgabe sei dabei auf dem Gebiete des Erziehungswesens zur Festigung der Kaisertreue und der Erhaltung der kulturellen Eigenarten des japanischen Volkes zu leisten. Ebenso wichtig sei eine Stärkung der Landesverteidigung, um der gegenwärtigen Lage gewachsen zu sein. Das japanische Volk müsse hierfür Opfer bringen, da Japan entschlossen sei, unabhängig von den internationalen Bindungen, den Lebensstandard des japanischen Volkes zu sichern und gleichzeitig im Fernen Osten den Frieden zu garantieren.

„Der Ministerrat hofft, dann auf das innere Reformprogramm ein, an dessen Spitze die Hilfe für die Bauern, das Handwerk und den Mittelstand stehe. Die Regierung lege dem Parlament deshalb Gesetzentwürfe zur Kontrolle von Reis, Seide und Düngemitteln, sowie zur Verbesserung des Steuersystems und der Finanzpolitik vor. Zum Haushalt für 1936, der mit 2333 Millionen abschließe, seien zusätzliche Forderungen für die Durchführung des Reformprogramms nicht eingereichen.

Kriegsminister **Terauchi** sprach über die Februar-Vorgänge, ohne dabei allerdings neue Einzelheiten mitzuteilen. Das Kernstück seiner Rede war eine scharfe Brandmarkung der Aufständischen und die Ankündigung, daß die Armee fest entschlossen sei, die revolutionären Elemente zu beseitigen. Wörtlich sagte der Kriegsminister:

„Die Tat ist unentschuldbar, daß sich die vom Kaiser verliehenen Waffen gegen kaiserliche Offiziere und vom Kaiser ernannte Minister gerichtet haben. Die Offiziere sind in dem Augenblick aufständisch geworden, als sie ihre Truppe verließen und eigenmächtige Befehle erteilten. Sie sind von ungen der revolutionäre beeinflußt worden, um eine Schwa-Restauration zu erzwingen. Aber ihr Programm läuft dem Grundgedanken der japanischen Staatsform zuwider. So groß die Trauer des japanischen Volkes über die Verirrung der jungen Offiziere ist, so arg ist auch die Genugtuung, daß der größere Teil der Offiziere von Tokio und die von außen herangezogenen Truppen treu zum Kaiser gestanden haben."

Finanzminister **Baba** entwickelte die Finanzlage und die geplante Finanzreform, die in einem Steuerausgleich und erhöhten Einnahmen aus den Monopolen und den Steuern bei einer gleichzeitigen allgemeinen Einschränkung besonders, Japan werde Mandschukuo durch Anleihen und Kapitalanlagen unterstützen. Der gegenwärtige Haushalt sehe nur dringliche Ausgaben vor, denen weitere Aufwendungen für die Landesverteidigung, für die Notgebiete und die Agrarreform folgen würden.

Die amerikanische Presse zur Entwicklung in Abessinien.

Washington, 6. Mai. In den Betrachtungen der amerikanischen Presse über die Entwicklung in Abessinien wird Mussolinis „Beutezug" scharf verurteilt und in Karrikaturen gegeißelt.

New York Post bezeichnet die abessinische Eroberung als eine Belastung für Italien und meint, wenn Abessinien irgendwelche Aussichten auf eine nutzbringende Kolonisierung geboten hätte, würde es schon längst von England oder Frankreich geschluckt worden sein.

New York Times betrachtet den Krieg als ein teures Experiment für Mussolini, das ihm noch viel mehr Kosten verursachen werde. Was den Völkerbund anbetreffe, so stehe es bei den großen europäischen Mächten, ihn zu einem so starken Friedensinstrument zu machen, wie sie es wünschen. Allerdings werde diese Aufgabe nicht durch die bedauerliche Neigung der französischen Regierung erleichtert, gleichzeitig auf möglichst vielen Pferden reiten zu wollen.

Washington Post betont, daß die Sanktionen verlagt hätten und die Bestimmungen nach einer vollstenen Sicherheit einstweilen zwecklos seien. Frankreichs schwankende Politik habe Frankreichs eigenen Plan einer Einheitsfront zerstört. Dem Fall von Addis Abeba dürfte die Uebergabe des Völkerbundes in Genf folgen. Aber es könne sein, daß Reichskanzler Hitler in der gegenwärtigen Lage durch eine staatsmännische Politik der Mäßigung und durch eine konstruktive Führung der internationalen Politik Europa wieder zusammenführe und zur Ruhe bringe

Der **Philadelphia Inquirer** sagt, nach den französischen Wahlen und dem Siege Mussolinis werde die verhängnisvolle Mitarbeit Deutschlands bei der Befriedung Europas mehr denn je benötigt.

Auch der **Christian Science Monitor** hebt die Notwendigkeit hervor, daß Deutschland zusammen mit England und hoffentlich auch mit der neuen französischen Regierung einen besseren Weg zum Frieden bauen müsse.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.